



Informationsbrief der Bundes-SGK für sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

Berlin, den 11. Juli 2019

- 1. Gleichwertige Lebensbedingungen in Deutschland** | Schlussfolgerungen der Vorsitzenden der Regierungskommission zur Arbeit der Kommission
- 2. Kommunalwahl-Camp der Bundes-SGK** | 19./20. Oktober 2019 in der Franken-Akademie – Anmeldungen ab sofort möglich
- 3. Auf dem Weg zur Bürgermeisterin** | Seminar der Bundes-SGK am 27./28. September 2019 in Springe

1. Gleichwertige Lebensbedingungen in Deutschland

Heute haben die Bundesminister Horst Seehofer als Vorsitzender, sowie Bundesministerin Julia Klöckner und Bundesministerin Franziska Giffey als Co-Vorsitzende der Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ihre Schlussfolgerungen zur Arbeit der Kommission vorgestellt.

Anfang Mai 2019 hatten die sechs Facharbeitsgruppen der Regierungskommission ihre Zwischenberichte vorgelegt. Viele der dort zusammengetragenen Empfehlungen waren jedoch nicht konsensfähig. Deshalb sollte ein Gesamtbericht mit abschließenden Empfehlungen zusammengestellt werden. Das federführende Innenressort hat sich zwischenzeitlich dazu entschieden, keinen Endbericht der Kommission vorzulegen. An seiner statt wurden nunmehr die Schlussfolgerungen der federführenden Ressorts und ein Beschluss mit Empfehlungen des Bundeskabinetts veröffentlicht. Einen gemeinsamen Abschlussbericht mit den beteiligten Bundesländern und den drei kommunalen Spitzenverbänden wurde gar nicht erst versucht. Jetzt gehen die Empfehlungen der Bundesregierung in einen weiteren Erörterungsprozess mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden, um umsetzbare Maßnahmen zu konkretisieren.

In der Zusammenfassung der Empfehlungen auf der Internetseite der Bundesregierung heißt es:

„Diese konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung umsetzen, damit sich die Lebensbedingungen in Deutschland angleichen:

Strukturschwache Regionen gezielt fördern

Nach dem Auslaufen des Solidarpakts II wird die Bundesregierung die Maßnahmen des Bundes zur Förderung wirtschaftlich strukturschwacher Regionen in einem gesamtdeutschen Fördersystem bündeln.

Arbeitsplätze in strukturschwache Regionen bringen

Der Bund wird Neuansiedlungen und Ausgründungen von Behörden und Forschungseinrichtungen bevorzugt in strukturschwachen beziehungsweise vom Strukturwandel betroffenen Regionen vornehmen – und dort vorrangig in Klein- und Mittelstädten.

Breitband und Mobilfunk flächendeckend ausbauen

Der Bund unterstützt den Ausbau von Glasfasernetzen in Gebieten, in denen es für Unternehmen ohne staatliche Förderung nicht wirtschaftlich wäre. Hiervon profitiert gerade der ländliche Raum.

Mobilität und Verkehrsinfrastruktur in der Fläche verbessern

Ziel ist es, ein Mobilitätsangebot zu schaffen, das umweltfreundlich, flächendeckend, leistungsfähig, bezahlbar und nutzerorientiert ist. Dafür soll der öffentliche Personennahverkehr bundesweit besser vernetzt werden. Außerdem ist eine Öffnung des Rechtsrahmens für neue Angebote geplant, die den Linienverkehr stärken und ergänzen.

Dörfer und ländliche Räume stärken

Hierzu ist geplant, Investitionen in eine erreichbare Grundversorgung in ländlichen Räumen sowie attraktive und lebendige Ortskerne zu konzentrieren. Dabei sollen auch Gebäudeleerstände bekämpft werden.

Städtebauförderung und sozialen Wohnungsbau voranbringen

Der Bund wird sich an der Schaffung sozialen Wohnraums beteiligen und die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau über das Jahr 2021 hinaus fortschreiben.

Eine faire Lösung für kommunale Altschulden finden

Grundsätzlich sind die Länder für die aufgabenadäquate Finanzausstattung der Kommunen verantwortlich. Der Bund kann einen Beitrag leisten, wenn es einen nationalen politischen Konsens gibt, den betroffenen Kommunen einmalig gezielt zu helfen. Die Bundesregierung wird Gespräche mit dem Deutschen Bundestag, den Ländern sowie den betroffenen Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden aufnehmen, um auszuloten, ob eine solche nationale Lösung möglich ist.

Engagement und Ehrenamt stärken

Hierzu gründet die Bundesregierung eine "Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt", die ehrenamtlich Tätige durch Serviceangebote für die Organisation von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt und bei der Digitalisierung unterstützt.

Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung sichern

Angebote im frühkindlichen Bereich, in der Grundschule, in der Jugendarbeit sowie in der Jugend- und Schulsozialarbeit sollen bedarfsgerecht ausgebaut und qualitativ weiterentwickelt werden. Dazu gehört auch, dass der Bund seine Verantwortung für die Qualität in der Kindertagesbetreuung über 2022 hinaus wahrnehmen wird.

Barrierefreiheit in der Fläche verwirklichen

Menschen mit Behinderungen gehören überall dazu und sind Teil der Gesellschaft. Um Barrierefreiheit in ganz Deutschland und insbesondere in strukturschwachen Regionen zu verbessern und eine inklusive Gesellschaft zu verwirklichen, sind ergänzende Maßnahmen erforderlich. Hierzu gehören zum Beispiel der Aufbau eines Unterstützungssystems für Länder und Kommunen sowie ein Bundesprogramm für mehr Barrierefreiheit.

Das Miteinander der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen fördern

Der Bund wird Kommunen durch gute Rahmenbedingungen bei der Entwicklung einer sozialen Infrastruktur für ein Miteinander der Generationen unterstützen.

"Gleichwertige Lebensverhältnisse" als Richtschnur setzen

Der Bund wird künftig bei allen Gesetzesvorhaben prüfen, welche Wirkungen sie auf die Wahrung und

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland haben ("Gleichwertigkeits-Check"). Die Aktivitäten der Bundesregierung sollen bereits in dieser Legislaturperiode erste Veränderungen bringen. Andere Ergebnisse werden mitunter erst mittelfristig spürbar sein.

Beratung mit Ländern und Kommunen

Die Bundesregierung stellt damit die Weichen für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Das ist eine herausragende Aufgabe für das kommende Jahrzehnt.

Nach der Sommerpause wird der Bund in einer zweiten Phase gemeinsam mit Ländern und Kommunen beraten, welche Maßnahmen konkret umgesetzt und verwirklicht werden.

Bei diesen Empfehlungen handelt es sich um zahlreiche Politikfelder, in denen der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien ohnehin entsprechende Aktivitäten vorgesehen hatte. Durch die fehlende Verbindlichkeit der ausgesprochenen Empfehlungen werden lediglich die Versprechungen des Koalitionsvertrages wiederholt und erneuert. Wie ihre Umsetzung aussehen soll, dazu sagt die Bundesregierung heute wenig und vertagt die Debatte in die nach der Sommerpause anstehenden Haushaltsverhandlungen des Bundeshaushalts 2020 und dem Treffen der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder im Herbst 2019.

Der Vorsitzende der Bundes-SGK, Frank Baranowski, Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, äußert sich deshalb:

„Es ist gut, dass durch die Arbeit der Kommission deutlich gemacht werden konnte, wie groß und wie stark die regionalen Unterschiede in Deutschland sind, wenn es um die Rahmenbedingungen der Kommunen geht, gleichwertige Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Das wird durch die Ergebnisse der Bertelsmann-Stiftung zur Situation der kommunalen Finanzen noch einmal verdeutlicht. Offensichtlich reichen die bestehenden Ausgleichssysteme von Bund und Ländern nicht aus, um eine entscheidende Trendwende beim Abbau von Disparitäten einzuleiten. Stattdessen werden die Unterschiede zwischen den Regionen immer größer. Besonders deutlich wird dieses bei der Frage der kommunalen Verschuldung: „Aus Sicht des Bundes sind die hohen kommunalen Kassenkredite in einigen Regionen Deutschlands das relevante Problem.“

Leider konnte sich das Bundeskabinett nicht darauf verständigen, konkrete Maßnahmen zu benennen, wie diesen Kommunen auch durch den Bund geholfen werden kann. So bleiben die Aussagen schwammig, wenn es im heute vorgelegten Bericht heißt: „Der Bund kann einen Beitrag leisten, wenn es einen nationalen politischen Konsens gibt, den betroffenen Kommunen einmalig gezielt zu helfen.“

Jetzt gilt es konkret zu werden! Deshalb müssen folgende Forderungen anlässlich der vorgelegten Schlussfolgerungen und ihren Versprechungen umso deutlicher ausgesprochen werden:

- 1. Wir fordern die Konkretisierung der Altschuldenhilfe des Bundes!**
- 2. Wir fordern weiterreichende strukturelle Maßnahmen zur Entlastung kommunaler Finanzen durch hohe Sozialausgaben (z.B durch höhere Bundesbeteiligung an den KdU)!**
- 3. Wir fordern eine deutlich stärkere Berücksichtigung der strukturschwachen Regionen in einem gesamtdeutschen Fördersystem!**
- 4. Wir fordern neben qualitativen Verbesserungen deutlich mehr Mittel für die Strukturförderung der Gemeinschaftsaufgaben im Bundeshaushalt!“**

Und da mutet es bereits wie ein erster Abgesang an, wenn der bayerische Ministerpräsident gegenüber der Augsburger Allgemeinen tönt „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht zu einem permanenten Umverteilungssystem in Deutschland kommen“ und der Generalsekretär der CSU sekundiert: „Einen Freifahrtschein für klamme Kommunen, den kann und wird es mit uns nicht geben“.

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

Weitere Informationen zum Thema:

<https://www.bundes-sgk.de/artikel/schlussfolgerungen-bundeskabinetts-arbeit-regierungskommission-gleichwertige>

Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall – Schlussfolgerungen der Bundesregierung

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/schlussfolgerungen-kom-gl.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/kom-gl-massnahmen.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Statement von Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, zum Kabinettsbeschluss des Bundes zu Maßnahmen für gleichwertige Lebensverhältnisse

<http://www.staedtetag.de/presse/statements/089345/index.html>

Deutscher Städte- und Gemeindebund zum 5. Finanzreport der Bertelsmann-Stiftung

<https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Aktuelles/2019/Unterschiede%20zwischen%20armen%20und%20reichen%20Kommunen%20wachsen/>

Stellungnahme des Deutschen Landkreistages zu den Ergebnissen der Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“

<https://www.landkreistag.de/presseforum/pressemitteilungen/2523-pressemitteilung-vom-10-juli-2019.html>

2. Kommunalwahl-Camp der Bundes-SGK am 19./20. Oktober 2019

Wir veranstalten am 19./20. Oktober 2019 ein Kommunalwahl-Camp in der Franken-Akademie auf Schloss Schney in Lichtenfels (Bayern). Die Bundes-SGK bietet mit dem Kommunalwahl-Camp ein Angebot, das Grundlagen für eine erfolgreiche Kommunal- und Direktwahl vermittelt. Das Kommunalwahl-Camp unterstützt die TeilnehmerInnen dabei, persönliche Stärken gekonnt ins rechte Licht zu setzen und die eigene Persönlichkeit gezielt weiter zu entwickeln. Mit den Workshops und Kurztrainings bekommen sie ein Stärkungspaket für den Erfolgsfaktor Persönlichkeit. Das Intensivseminar richtet sich an alle GenossInnen, die sich in der Praxis mit der Frage befassen, wie eine Wahl für die KandidatInnen und auch für die SPD erfolgreich vorbereitet werden kann. Das Kommunalwahl-Camp wird von mehreren TrainerInnen moderiert.

Das Kommunalwahl-Camp richtet sich insbesondere im Hinblick auf die in 2020 kommenden Kommunalwahlen in Bayern aber auch im Herbst 2020 in NRW an InteressentInnen für die Wahlen zur kommunalen Vertretungskörperschaft bzw. DirektwahlkandidatInnen für ein Bürgermeisteramt. Mitglieder von Wahlkampfteams sind ebenso willkommen. Voraussetzung für eine Teilnahme ist die Mitgliedschaft in der SPD oder der Bundes-SGK.

Weitere Informationen zum Kommunalwahlcamp (inkl. Online-Anmeldung) finden sich unter:

<https://www.bundes-sgk.de/veranstaltung/kommunalwahl-camp-bundes-sgk-schloss-schney>

3. Seminar der Bundes-SGK „Mein Weg zur Bürgermeisterin – Frauen ins Rathaus“

Die Bundes-SGK veranstaltet am 27./28. September 2019 wieder das Seminar "Mein Weg zur Bürgermeisterin - Frauen ins Rathaus". Die vielen positiven Rückmeldungen belegen: die Mischung aus dem Dialog mit erfolgreichen Bürgermeisterinnen und der intensiven Betreuung durch erfahrene Trainerinnen schafft einen hohen Mehrwert für die Teilnehmerinnen

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

In diesem Jahr ist u.a. die Bürgermeisterin der Gemeinde Mettingen, Christina Rähmann, zu Gast. Geleitet wird das Seminar von Dr. Hanne Weisensee und Ulla Zumhasch. Gemeinsam werden Karrierewege und Voraussetzungen des Erfolgs für Frauen in der Kommunalpolitik erörtert und individuelle Vorstellungen und Pläne entwickelt. Das Seminarkonzept setzt ganz bewusst auf den persönlichen Austausch und eine dialog- und teamorientierte Arbeitsweise.

Weitere Informationen und Anmeldung:

https://www.bundes-sgk.de/seminar_buergermeisterinnen_2019

Datenschutzgrundverordnung

Seit dem 25.05.2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Deshalb haben wir unsere Datenschutzerklärung angepasst. Wir würden uns freuen, wenn Sie diesen Informationsbrief auch weiterhin beziehen möchten. Andernfalls haben Sie jederzeit die Möglichkeit, sich davon abzumelden.

<https://www.bundes-sgk.de/kontakt>

<https://www.bundes-sgk.de/datenschutzerklaerung>

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de